

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei allf. Eintreib. od. Konturgen hinw. nicht. Erfüllungsort: Nagold. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatzpreis. Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatzpreis. Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 114

Altensteig, Donnerstag, den 18. Mai 1933

56. Jahrgang

### Für den Frieden! - Gegen Versailles!

#### Reichskanzler Hitler für Gleichberechtigung - Einstimmige Billigung durch den Reichstag

Berlin, 17. Mai. Die Tagesordnung der dritten Sitzung des Reichstages enthält als einzigen Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Im Sitzungssaal des Kroll-Theaters, der in der gleichen Weise wie bei der Eröffnungssitzung ausgeschmückt ist, haben sich schon eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn die ersten Reichstagsabgeordneten eingefunden. Sehr frühzeitig ist auch die Diplomatenloge mit den Vertretern fast aller Auslandsmissionen besetzt, die zum Teil mit ihren Damen erschienen sind.

Der sonst vollbesetzte Sitzungssaal weist lediglich in den Bänken der Sozialdemokraten einige Lücken auf. Die nationalsozialistischen Abgeordneten tragen das braune Hemd. Auf den Publikums- und Pressebänken herrscht außerordentlich harter Andrang. Auch eine große Anzahl von Pressephotographen hatte sich eingeordnet. Als erste Diplomaten nahmen der französische Botschafter Francois-Poncet und der bisherige englische Botschafter Sir Horace Rumbold in der Diplomatenloge Platz. Hinter den Rednerbänken sah man zahlreiche hohe Reichsoffiziere.

Der Kronprinz nimmt auch diesmal in feldgrauer Uniform an der Sitzung teil. Fünf Minuten vor 3 Uhr erscheinen Botschafter von Papen, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk am Regierungstisch. Ihnen folgen bald darauf die übrigen Reichsminister, der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, und die Reichsstatthalter. Deutschlands Vertreter auf der Genfer Abrüstungskonferenz, Botschafter Rodolphe, ist anwesend und unterhält sich auf der Regierungsbühne mit dem Reichsaußenminister und dem Reichspressechef Dr. Funk.

Reichstagspräsident Göring

eröffnet die dritte Sitzung des Reichstages mit folgender Begrüßungsansprache: Deutsche Männer und Frauen! Sie sind heute in einer ersten Stunde zusammengerufen worden. Es gilt einer Schicksalsfrage unserer Nation. Wohl kaum jemals zuvor war der Reichstag zu einer solchen ersten Stunde zu solch einer ersten Stunde einberufen worden. Die deutsche Reichsregierung wünscht ihre Absichten und ihre Ziele in dieser schwierigen Frage dem ganzen deutschen Volk klarzulegen und hat deshalb beschlossen, zum deutschen Volk zu sprechen, indem sie diese Ziele und Absichten vor der deutschen Volksvertretung bekanntmacht. Reichstagspräsident Göring erteilt dann das Wort dem Reichskanzler.

#### Reichskanzler Adolf Hitler

beißt sich dann, von lebhaftem Beifall begrüßt, zur Rednertribüne und nimmt das Wort zu folgender Erklärung:

Kamens der Reichsregierung habe ich den Reichstagspräsidenten Göring gebeten, den Deutschen Reichstag einzuberufen, um vor diesem Forum zu den Fragen Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unser Volk, sondern die ganze Welt bewegen. Die Ihnen bekannten Probleme sind von so großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Lösung nicht nur die politische Befriedung, sondern auch die wirtschaftliche Rettung aller abhängt.

Wenn ich dabei für die deutsche Regierung dem Wunsch Ausdruck gebe, ihre Behandlung der Sphäre jeder Leidenschaftlichkeit zu entziehen, dann geschieht es nicht zum geringsten in der uns alle beherrschenden Erkenntnis, daß die Krise der heutigen Zeit ihren tiefsten Ursprung selbst jenen Leidenschaften zu verdanken hat, die nach dem Kriege die Einsicht und die Klugheit der Völker verdunkelt haben. Denn alle die Krisen verursachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidenden Fragen für alle Zukunft überlegen, klar und vernünftig zu lösen; weder die nationalen noch die wirtschaftlichen oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen der Völker sind durch diesen Vertrag in einer Weise gelöst worden, daß sie vor der Kritik der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten. Es ist daher verständlich, daß

der Gedanke einer Revision nicht nur zu den dauernden Widerstreitungen und Auswirkungen dieses Vertrages gehört, sondern daß eine Revision sogar von seinen Verfassern als notwendig vorgesehen wurde und daher im Vertrag selbst ihre rechtliche Verankerung fand. Wenn ich kurz auf die Probleme, die dieser Vertrag hätte lösen sollen, eingehe, dann geschieht es deshalb, weil durch das Versagen auf diesem Gebiete sich zwangsläufig die späteren Situationen ergeben haben, unter denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker leidend sind.

Die politisch-nationalen Probleme sind folgende: Durch viele Jahrhunderte entwickelten sich die europäischen Staaten und ihre Grenzsetzung aus Auffassungen, die nur ausschließlich eines staatlichen Denkens lagen. Mit dem steigenden Durchbruch des

Rationalitätsprinzips im Laufe des vorigen Jahrhunderts wurde infolge der Nichtberücksichtigung dieser neuen Ideale durch die auf anderen Voraussetzungen entstandenen Staaten die Keime zu zahlreichen Konflikten gelegt. Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe für eine wirkliche Friedenskonferenz geben als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung der europäischen Staaten vorzunehmen, die diesem Prinzip in höchstmöglichem Umfange gerecht wurde. Je klarer durch eine solche Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr konnte dadurch eine große Reihe künftiger Konfliktsmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden.

Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick auf die Zukunft für Sieger und Besiegte vielleicht die Blutzopfer des großen Krieges nicht ganz vergeblich hätte erscheinen lassen, weil durch sie der Welt die Grundlage für einen wirklichen dauernden Frieden gegeben worden wäre. Tatsächlich entschloß man sich aber, teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß, zu Lösungen, die den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Unlogik und Unbilligkeit trugen.

Folgendes waren die wirtschaftlichen Probleme, die dieser Konferenz zur Lösung vorlagen: Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Europas ist gekennzeichnet durch die Ueberfüllung des europäischen Weltens und durch die Armut des Bodens dieser Gebiete an gewissen Rohstoffen, die gerade in jenen Gebieten mit alter Kultur dem dort gewohnten Lebensstandard unentbehrlich sind. Wollte man eine gewisse Befriedung Europas für menschlich absehbare Zeit herbeiführen, dann müßte man statt der unfruchtbaren und gefährlichen Begriffe Ruhe, Strafe, Wiedergutmachung um die Begriffserkenntnis verfolgen und berücksichtigen, daß mangelnde Existenzmöglichkeit immer die Quelle von Völkerverfehlungen gewesen ist. (Stürmischer Beifall.) Statt den Gedanken der Vernichtung zu predigen, müßte man überlegen, wie eine Neuordnung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vorgenommen werden könne, die den Existenznotwendigkeiten der einzelnen Völker in höchstmöglichem Umfange gerecht wurde. Es ist nicht weise, die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten einem Volke zu entziehen, ohne Rücksicht darauf, daß die davon abhängige Bevölkerung darauf angewiesen ist, in diesem Gebiete weiterhin zu leben. (Erneute Zustimmung.)

Die Meinung, daß die wirtschaftliche Vernichtung eines 65-Millionen-Volkes anderen Völkern einen nützlichen Dienst erweise ist eine unvernünftige.

Sehr bald würden die Völker, die so verfahren würden, nach den natürlichen Gesetzen von Ursache und Wirkung spüren, daß sie derselben Katastrophe zugeführt werden, die sie dem einen Volke bereiten wollten. Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Ueberlastung der internationalen Wohlfahrt allen schädlich sein kann. (Zustimmung.) Tatsächlich konnten die Reparationen nur vom deutschen Export bezahlt werden. Im gleichen Ausmaß wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Exportunternehmen betrachtet wurde, müßte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den einzelnen Volkswirtschaften mit den Reparationen zugefügt wurde. (Sehr richtig.) Der Versuch eine solche Entwicklung dadurch abzumenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exports durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgeglichen wurde, war wenig umsichtig und im Ergebnis falsch. Denn die Umwandlung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zinsendienst, dessen Erfüllung zu denselben Ergebnissen führen müßte. Das Schlimmste aber war, daß die Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Lebens künstlich gehemmt und vernichtet wurde. Der Kampf auf den Weltabnahmehäfen durch dauernde Preisunterbietung führte zu einer Ueberfüllung der Rationalisierungsmagnahmen in der Wirtschaft. Die Millionen arbeitsloser sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung. Wollte man aber die Reparationsverpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann müßte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Binnenwirtschaft der also bedrückten Völker führen. Denn Sachlieferungen in dem in Frage kommenden Um-

fange sind nicht denkbar, ohne den Bestand der eigenen Produktion der Völker auf das stärkste zu gefährden.

Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Resentment die wirtschaftliche Vernunft anzubringen lehnt. (Beifall.)

Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innemwohnenden Unvernunft und der vorauszu sehenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt. Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Versailler Vertrag nicht minder vernichtet worden. Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Vertrages zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Das ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren.

In Zukunft wird also immer die Schuld an Auseinandersetzungen der Besiegte tragen, denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen. (Lebhafteste Zustimmung.)

Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in einer dauernde Rechtsnorm. Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht. Die Disqualifizierung eines großen Volkes zu einer Nation zweiten Ranges und zweiter Klasse wurde in einem Augenblick proklamiert, in dem ein Band der Nationen aus der Taufe gehoben werden sollte. (Zustimmung.) Diese Behandlung Deutschlands konnte in der Folge nicht zu einer Befriedung der Welt führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung und Währungs- und Währungs der Besiegten, ein in der Geschichte der europäischen Nationen unerhörter Vorgang, war noch weniger geeignet, die allgemeinen Gefahren und Konfliktsstoffe zu vermindern, sondern führte nur in den Zustand jener ewigen Drohungen, Forderungen und Sanktionen, die als fortwährende Unruhe und Unsicherheit zum Grabe der gesamten Weltwirtschaft zu werden drohen. (Beifall.)

Wenn im Völkerbund jene Ueberlegung hinsichtlich des Risikos bei bestimmten Handlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Vernunft liegen. Der Völkerbund hat zum mindesten bisher gerade den Schwachen Nichtgerüsteten bei solchen Anlässen keine merkliche Hilfe zukommen zu lassen vermocht. (Erneute Zustimmung.) Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer

wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung

aller ausgehen. Gerade darin liegt die Hauptursache der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung. Doch aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfahren, liegt im Interesse aller.

#### Kein neuer europäischer Krieg

wäre in der Lage, anstelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen. Im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgend welcher Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorzurufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewalttätigkeit würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Bewältigungen gelegt werden. (Stürmischer Beifall.) Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnote würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen. Ein in kommunistischem Chaos versinkendes Europa würde eine Krise von unabhäufbarem Ausmaße und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören.

Es ist

der tiefste Wunsch der nationalen Regierung

des Deutschen Reiches, eine solche unfruchtliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern. Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung. Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschen, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt:

1. Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines in verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates und die Erhaltung des Besitzes Eigentum als Grundlage unserer Kultur.
2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion.
3. Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation.





die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertrauensfähig macht. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich in diesem Augenblick demütig als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten Nationalerhebung bekunden, daß gerade uns in diesem jungen Deutschland das tiefe Verständnis besetzt für die gleichen Gefühle und Gesinnung sowie für die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. (Beifall.) Die Generation dieses jungen Deutschland, die in ihrem bisherigen Leben nur Not, Elend und Jammer des eigenen Volkes kennen lernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das gleiche den anderen zuzulassen. (Sehr richtig! und Beifall.) Unser Nationalsozialismus ist ein Primat, das uns als Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet. (Bravo-Rufe.) Indem wir in arbeitsloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. (Lebhafter Beifall.)

Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns lebendiglich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Wir sehen die europäischen Nationen als nebenebene Tatsache, Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrage von Versailles diese Realitäten auch in Bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. (Erneuter stürmischer Beifall.) Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offen zu halten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen. Eine überlebte Behandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegenkommen würde. (Zustimmung.) Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.

Allein dieses Bekenntnis zum Rechtscharakter eines solchen Vertrages kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat Anspruch auf die ihm darin zugehörigen Rechte, sondern auch der Besiegte. (Beifall.) Das Recht aber, eine Neuauflage dieses Vertrages zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet. Die deutsche Regierung wünscht dabei als Motiv und Maß für ihr Verlangen nichts anderes als die vorliegenden Resultate der bisherigen Erfahrungen, sowie die unbestreitbaren Erkenntnisse der kritischen und logischen Vernunft. Die Erfahrungen, die in den 14 Jahren gemacht worden sind, sind politisch und wirtschaftlich eindeutig. Das Elend der Völker wurde nicht behoben, sondern es hat zugenommen. Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte als die unabwendbare ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung.

Die schlimmste Auswirkung findet diese Ordnung in der erzwungenen Wehrlosigkeit der einen Nation gegenüber den überheblichen Rüstungen der anderen.

Wenn Deutschland seit Jahren unentwegt die Abrüstung aller fordert,

so aus folgenden Gründen: 1. Ist die Forderung nach einer tatsächlichen Ausdrück kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechtes und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt worden ist und deren Erfüllung unwillkürlich verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Ausgangspunkt für die Weltabrüstung. 2. Weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig aufrechterhalten werden kann, sondern einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man, ein solches Unrecht einer großen Nation zulassen zu können? Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der dauernden Entwürdigung der Jahrhunderte?

Das deutsche Volk wird bleiben genau wie das französische und, wie uns durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde, das polnische. Was sind Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65 Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumschließlichen Tatsache. Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neu entstandenen jungen europäischen Nationalstaaten als das Deutschland der aus dem gleichen Willen entstandenen nationalen Revolution. (Lebhafter Zustimmung.) Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, an deren zu geben.

Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. (Zustimmung.) Denn Deutschland hat abgerüstet, und Deutschland hat diese Abrüstung unter härtester internationaler Kontrolle vollzogen. Sechs Millionen Gewehre und Karabiner wurden ausgeliefert oder zerstört, 13 Tausend Maschinengewehre, 3,75 Millionen Granaten und enorme weitere Waffen- und Munitionsbestände hat das deutsche Volk zerstört oder ausgeliefert müssen. Das Rheinland wurde entmilitarisiert, die deutschen Festungen wurden geschleift, unsere Schiffe wurden ausgeliefert, die Flottenangelegenheiten, unser Wehrsystem aufgegeben und die Ausbildung der Reserve dadurch verhindert. Selbst die notwendigen Waffen der Verteidigung blieben uns verweigert.

Wer heute, so ruft der Kanzler mit erhabener Stimme, vertritt, gegenüber diesen nicht wissenswerten Tatsachen mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausflüchten aufzutreten (stürmischer Händeklatschen) und zu behaupten, Deutschland hätte die Verträge nicht erfüllt oder hätte gar außerfüllt, dessen Aufstellung muß ich von dieser Stelle aus als ebenso unwahr wie unfair zurückweisen. (Erneute Zustimmung.)

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen, daß Deutschland etwa personell den Verpflichtungen des Vertrages nicht nachgekommen wäre. Die Angabe, daß

die SA und SS der nationalsozialistischen Partei in irgend einer Beziehung zur Reichswehr in dem Sinne stünde, daß es sich hier um militärisch ausgebildete Bestände oder Reserve der Armee handeln würde, ist unwahr. (Beifall.)

Die unverantwortliche Weiskerflichkeit, mit der solche Behauptungen erhoben werden, mag man nur aus einem Beispiel ersehen: Im vergangenen Jahr fand in Brünn der Prozeß gegen Angehörige der NSDAP in der Tschechoslowakei statt. Durch verordnete Sachverständige der tschechoslowakischen Armee wurde damals die Behauptung aufgestellt, die Angehörigen ständen in Beziehung zur NSDAP Deutschlands, befinden sich in Abhängigkeit von ihr und seien als Mitglieder eines Volkspartnerschafts damit gleichzusetzen den Mitgliedern der SA und SS in Deutschland, die eine von der Reichswehr ausgebildete und organisierte Reservearmee darstellte. (Hört! Hört!)

In derselben Zeit besah aber die SA und SS genau so wie die NSDAP überhaupt nicht nur keine Beziehung zur Reichswehr, sie wurde im Gegenteil als staatsfeindliche Organisation verfolgt, verboten und endlich aufgelöst! (Hört! Hört!) Ja, darüber hinaus: Mitglieder der NSDAP, Angehörige der SA und SS waren nicht nur von allen staatlichen Ämtern ausgeschlossen, sondern sie durften nicht einmal als Arbeiter in Seereschiffen aufgenommen werden. (Plurufe und sehr wahr!) Die Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei aber wurden auf Grund dieser falschen Darstellung zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. (Erneute Plurufe.)

Tatsächlich ist die SA und SS der NSDAP, ohne jede Weiblichkeit, ohne jede finanzielle Unterstützung des Staates, des Reiches oder gar der Reichswehr, ohne jede militärische Ausbildung und ohne jede militärische Anweisung entstanden aus rein parteipolitischen Erwägungen. Ihr Zweck war und ist ausschließlich die Befreiung der kommunistischen Gefahr, die Ausbildung ohne jede Anlehnung an das Heer, nur berechnete für Zwecke der Propaganda und der Aufklärung, biologische Massenwirkung und Niederbrechung des kommunistischen Terrors. Sie ist eine Institution der Anerkennung eines wahren Gemeinschaftslebens, zur Überwindung früherer Klassenunterschiede und zur Behebung der wirtschaftlichen Not. Der Stahlhelm ist entstanden aus der Erinnerung an die große Zeit des gemeinsamen Fronterlebnisses, zur Pflege der Tradition, zur Erhaltung der Kameradschaft und endlich ebenfalls zum Schutze des deutschen Volkes gegen die seit dem November 1918 des Volk bedrohende kommunistische Revolution, eine Gefahr allerdings, die die Länder nicht ermeßen können, die nicht so wie wir Millionen organisierter Kommunisten besessen haben und nicht wie in Deutschland unter dem Terror litten. Denn der wirkliche Zweck dieser nationalen Organisation wird am besten gekennzeichnet durch die tatsächliche Art ihres Kampfes und durch ihre Opfer. SA und SS hatten zufolge kommunistischer Mordüberfälle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40 000 Verletzte zu beklagen. Wenn heute in Genf versucht wird, diese ausschließlich innenpolitischen Zwecken dienenden Organisationen auf die Wehrkräfte anzurechnen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehr, die Turnvereine, die Wand- und Schilfsportvereine und andere als Wehrmacht anrechnen. (Starker Beifall.) Wenn man aber weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt in Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Menschen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reserve der anderen bewacht überieht, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den härtesten Protest einlegen muß. (Stürmischer Beifall.)

Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu geeignete Mittel. (Erneute Zustimmung.) Denn folgendes habe ich namens des deutschen Volkes und der deutschen Regierung zu erklären:

Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle ihm im Friedensvertrage auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, so jeder Vernunft hinaus erfüllt. Seine Armee beträgt 100 000 Mann. Die Stärke und die Art der Polizei sind international geregelt. Die in den Tagen der Revolution aufgestellte Hilfspolizei hat ausschließlich politischen Charakter. Sie müßte in den kritischen Tagen des Umsturzes den von dem neuen Regime zunächst als unsicher vermuteten Teil der anderen Polizei ersetzen und nach der friedlichen Durchführung der Revolution ist sie bereits im Abbau begriffen und wird noch vor Ausgang des Jahres vollständig aufgelöst sein.

Deutschland hat damit einen vollständig berechtigten moralischen Anspruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerseits ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrage von Versailles ergeben, erfüllen. Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung

ist bisher nicht verwirklicht. Wenn seitens Frankreichs immer wieder die These aufgestellt wird, daß neben der Gleichberechtigung Deutschlands die Sicherheit Frankreichs stehen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

- 1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, des Kellogg-Paktes, der Schiedsgerichtsverträge, des so force-Paktes usw. ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die von Deutschland noch übernommen werden können? (Sehr richtig.)
- 2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerverbund besitzt Frankreich allein an Dienst befähigten Mannschaften 3046. (Hört! Hört!), Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670 (erneutes Hört! Hört!). Da-

zu kommen unermeßliche Mengen an Reservefliegerzeugen, Tausende von Kampflinien, Tausende von schweren Geschützen, sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit giftigen Gasen (Hört! Hört!) Hat nicht Deutschland mehr Berechtigung demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit Sicherheit zu verlangen als die durch Koalitionen miteinander verbundenen Rüstungsstaaten. (Stürmischer Beifall.)

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind und dies Deutschland zuzute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso reflexlos das gleiche tun würden. (Lebhafter Beifall.)

Wenn aber diese anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrage von Versailles auch für verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Beförderung einer vorhandenen Wehr-einrichtung aufgegeben wird, ohne die Zulassung einer zum mindesten qualitativen Gleichberechtigung. Deutschland muß fordern, daß eine Umwandlung der von Deutschland nicht anerkennen, sondern uns erst vom Auslande auferlegten Wehr-einrichtung Zug um Zug erfolgt im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten. Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden,

eine Ueberansperiode von fünf Jahren für die Herstellung einer nationalen Sicherheit auszunutzen.

In der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt, Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffsstaaten überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen ihrerseits diese Angriffsstaaten vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird. Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Grenzen schützen zu können.

Nach einem Ausspruch des französischen Kriegsministers vom Februar 1932 kann ein großer Teil der farbigen französischen Streitkräfte sofort auf dem französischen Festlande verwendet werden. Er rechnet sie deshalb ausdrücklich zu den Heimatstreitkräften. Es entspricht deshalb nur der Gerechtigkeit, die farbigen Streitkräfte auch bei der Abrüstungskonferenz als Bestandteil des französischen Seeres zu berücksichtigen. Während man dies ablehnt, will man bei der deutschen Seereskräfte Verbände und Organisationen herabwürdigen, die nur volkssichernde und sportlichen Zwecken dienen und überhaupt keine militärische Ausbildung genießen. In den anderen Ländern sollen diese Verbände aber überhaupt für die Seereskräfte nicht in Frage kommen. Das ist natürlich ein ganz unmögliches Verfahren. Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten, die betreffenden Verbände dieser Kontrolle mitzuanstellen, um ihren vollständig unpolitischen Charakter eindeutig vor der ganzen Welt zu beweisen. (Lebhafter Bravo.) Ferner wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einseitig ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet.

Diese Forderungen bedeuten nicht eine Aufrüstung, sondern ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten. Ich be-  
grüße dabei noch einmal namens der deutschen Regierung den weltanschauenden und wichtigen Plan des italienischen Staatschefs, durch einen besonderen Pakt ein enges Vertrauens- und Arbeitsverhältnis der vier europäischen Großmächte England, Frankreich, Italien und Deutschland herzustellen. Der Auffassung Mussolinis, daß damit die Brücke zu einer leichteren dauernden Verständigung geschaffen werden könnte, stimmt die deutsche Regierung aus innerster Überzeugung zu. Sie will das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Überwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt sind.

Der Botschaft des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die deutsche Regierung zu warmem Beifall. Sie ist bereit, der Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. (Lebhafter Beifall.) Sie ist bereit, sich an diesem Werke der Anordnungsbringens der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt anzugewöhnen zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon einmal betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern. (Lebhafter Beifall und anhaltendes Händeklatschen.) Ich fühle mich verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Kämpfern Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann.

Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt Deutschland überhaupt nicht, weder schwere Artillerie, noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgas.

Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist die deutsche.

(Lebhafter Zustimmung), der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen verweigert und auch die Anlage von Grenzbefestigungen verbot. Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten,



wenn die übrige Welt ein gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Haarriff.

Sondern es denkt nur an seine Sicherheit. Deutschland würde die in dem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten angedeutete Möglichkeit begrüßen, die Vereinten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen. Dieser Vorschlag bedeutet eine große Beruhigung für alle, die an der aufrichtigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen. (Beifall.) Wir aber haben keinen sehnlicheren Wunsch, als dazu beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des Versailler Vertrages endgültig geheilt werden. Deutschland will keinen anderen Weg dabei geben als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt ist. Die deutsche Regierung wünscht sich über alle schwierigen Fragen mit den anderen Nationen friedlich auseinanderzusetzen. Es weiß, daß jede militärische Aktion in Europa, auch bei deren völligem Gelingen, gemessen an den Opfern in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgend einer Unterjochung zwingen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. (Stürmischer, langanhaltender Beifall im Hause und auf den Tribünen.) Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral verzwangt, aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solches Miß von uns selbst durch eine Unterjochung Rechtsaktinast erhalten könnte. (Erneuter Beifall.) Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzudrohen, so könnte ein solches unangehörliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Erfüllung und Erfüllung der Verträge verlangen. (Zustimmung.) Ein solcher Vornang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Unterjochung der Verträge selbst führen. (Erneute Zustimmung.) Deutschland würde aber auch in dem Falle seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Den politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, ließe zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zuleide tut, mit solchen Mitteln kämpfen. (Beifall.) Jeder solche Versuch, jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einseitigen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufzutreiben zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. (Erneuter harter Beifall.)

Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerverband anzugehören. (Starker Beifall.) Die deutsche Regierung und das deutsche Volk leben die Krise der heutigen Zeit. Zahlenslang ist von Deutschland vor den Methoden gewarnt worden, die zu diesem wirtschaftlichen und politischen Ergebnis führen müßten. Wenn auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden weiter fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. Nach scheinbaren politischen Erfolgen einzelner Nationen werden um so schwerere wirtschaftliche und damit politische Katastrophen für alle die Folge sein. Sie zu vermeiden sehen wir als erste und oberste Aufgabe an. Bis hier ist Wirksamkeit dagegen nicht unternommen worden.

Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man den früheren Deutschland sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, so haben wir die Folgen und Auswirkungen dieser „Sympathien“ in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennengelernt. (Sehr gut.) Nach dem Friedensvertrage von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Elend erfahren, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann. Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine unsehenswerte Armee von Arbeitslosen — ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich, so rief der Kanzler mit Nachdruck aus, in unserem deutschen Volke, fast nur aus Not und Elend, 224 900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen. Männer und Frauen, Greise und Kinder! (Lebhaftes Hörl Wohl im Hause.)

Diese unbestechlichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland sich Heil und Segen versprochen haben. Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer endlichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Nachdem der Kanzler geendet hat, erheben sich die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion von ihren Plätzen und bringen immer wieder stürmische Heilrufe auf den Kanzler aus.

Reichstagspräsident Göring: Männer und Frauen des deutschen Reichstages! Durch die Initiative der Parteien des deutschen Reichstages ist mir folgende

Der Deutsche Reichstag als Vertretung des deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes angeschlossen hinter die Reichsregierung. (Stürmischer Beifall.)

Männer und Frauen, so fährt der Reichstagspräsident fort, wir kommen jetzt zur Abstimmung über diese Entschließung. Diejenigen Abgeordneten, die dieser Entschließung beitreten wollen, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben.

Es erheben sich sämtliche Reichstagsabgeordnete, jedoch die Entschließung einstimmig angenommen ist.

Kauschender Beifall durchbraust das Haus. Auch Reichskanzler Hitler beteiligt sich am Händeklatschen.

Die nationalsozialistische Fraktion stimmt das Deutschlandlied, das von allen Fraktionen, und von allen in dem überfüllten Saal Anwesenden begeistert mitgesungen wird.

Im Anschluß daran erklärt Reichstagspräsident Göring, er habe dem, was sich im Reichstage soeben ereignete, nichts mehr hinzuzufügen. Die Welt, so rief der Reichstagspräsident, hat gesehen, daß das deutsche Volk einig ist, wenn es sein Schicksal gilt. Der Präsident schließt damit die Reichstagsitzung.

Die Nationalsozialisten sangen noch das Horst Wessel-Lied, ehe sie den Sitzungssaal verließen.

Nach Schluß der Sitzung stellte Reichstagspräsident Göring noch fest, daß im Protokoll vermerkt wird, daß die Annahme der Entschließung einstimmig durch sämtliche Parteien erfolgt ist.

### Eine historische Stunde

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz über die Bedeutung der Kanzlerrede

Berlin, 17. Mai. Ueber die Bedeutung der heutigen Sitzung des Reichstages schreibt die Nationalsozialistische Korrespondenz: Kaum zwei Monate sind vergangen seit jenem gewaltigen Erlebnis des Tages von Potsdam, an dem die ganze Nation die Grundsteinlegung des neuen Reiches feierte. Die nationale Erhebung hat ihren Siegeszug inzwischen fortgesetzt. Ihr Weg ging kompromißlos und über alle kleinen Widerstände hinweg zum Ganzen hin. In gewaltigen Schritten hat der Geist der neuen Volksgemeinschaft Deutschland erobert und ist zum Ausdruck der Nation geworden.

Die Tagung des deutschen Reichstages am 17. Mai, auf die mit Recht die ganze Welt mit Spannung gewartet hat, war der Höhepunkt dieses grandiosen Einigungswerkes. Zum ersten Mal seit den Tagen des Weltkrieges hat die deutsche Volkvertretung wie ein Mann, in einer Front sich unter die politische

Führung der Nation gestellt. Die Größe und Bedeutung dieses Tages, an dem sämtliche Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie sich hinter die Regierung Adolf Hitlers und ihre historische Arbeit stellten, ist umso höher einzuschätzen, als diese Kundgebung der deutschen Volkvertretung tief verankert ist in dem Willen der ganzen Nation, die seit Monaten Tag für Tag der Welt gezeigt hat, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk eins sind. Das brachten die gewaltigen Demonstrationen, die Adolf Hitler draußen vor der Krolloper von den hartenden Massen bereitet wurden, symbolhaft zum Ausdruck.

Es ist das Werk und die Kraft der Persönlichkeit Adolf Hitlers, der draußen im Volke den großen Bau der nationalen Einigung geschaffen und vollendet hat, daß heute der deutsche Reichstag sich der historischen Stunde würdig erweisen und in einer gewaltigen Manifestation vor der ganzen Welt die Einheit und den Lebenswillen der deutschen Nation proklamiert hat. Mit diesem unerhörten einheitsvollen Ereignis hat die Regierungstätigkeit Adolf Hitlers und der Kampf seiner Bewegung um die Einigung der Nation ihre gewaltige Krönung erfahren.

Es war eine Stunde, die in der deutschen Geschichte fortleben wird, als Adolf Hitler vor dem in atemloser Spannung hartenden Hause mit zwingender Logik und mit heißem Herzen von der Stellung der deutschen Nation in der Welt sprach, als er das Lebensrecht und die Würde unseres Volkes verteidigte. Die Rede des Führers — unangreifbar in ihrer historisch begründeten Argumentation — war ein politisches Meisterstück, das das Haus und darüber hinaus das ganze Volk in seinen Bann zog. Niemand in der Welt wird an den Worten Adolf Hitlers, niemand an der gewaltigen Willenskundgebung des deutschen Volkes, das in ihm seinen großen Führer sieht und wie ein Mann hinter ihm steht, vorübergehen können.

Deutschland und Adolf Hitler sind vollends ein Begriff geworden, das ist der große Sinn der historischen Stunde des 17. Mai 1933.

### Der Eindruck der Kanzlerrede in der Berliner Presse

Berlin, 18. Mai. Die Rede des Reichskanzlers findet in der gesamten Berliner Presse einen einmütigen Widerhall. Schon in den Ueberschriften kommt die Einheitsigkeit der Auffassung klar zum Ausdruck. Uebereinstimmend heben fast alle Blätter in großen Schlagzeilen das Bekenntnis zum Frieden und die Betonung des Friedenswillens hervor: Deutschlands Friedenswille! Das Deutsche Volk will Frieden und Freiheit! Für den Frieden — gegen Versailles! Deutschlands Friedensbotschaft! und ähnlich, so lauten diese Ueberschriften. Weiter unterstreichen alle Zeitungen den überwältigenden Eindruck der völligen Geschlossenheit, mit der der Reichstag unter Einschluß aller Parteien, den Standpunkt der Reichsregierung unterstrichen hat. Ebenso wird fast gleichlautend die besondere Wirkung hervorgehoben, die die Ausführungen des Kanzlers auch in ihrer rhetorischen Form hatten.

Der „Völkische Beobachter“ spricht von weltpolitischer Rede des Führers. Wenn das Ausland diese Ausfüh-



# EXTRA MILD

# 3 1/3





rungen des Kanzlers nur mit etwas Sachlichkeit lesen werden, so müsse es nach und nach ein anderes Bild von den Friedfernern der deutschen Volkserhebung erhalten. Das Bekenntnis Adolf Hitlers zu der Methode des amerikanischen Präsidenten, die Abriistung sich als Ziel zu setzen, mache den Appell Roosevelts in dieser Hinsicht doppelt bedeutsam und werde eine Scheidung der Geister beschleunigen helfen. Deutschland habe gesprochen. Ernst, friedfertig und würdig. Auch die Sozialdemokratie habe sich eingefügt in dieses Wollen. Das deutsche Volk stehe in seiner Gesamtheit geschlossen hinter seinem Führer. Jetzt sei es an der übrigen Welt, das Wort und die Tat des Friedens zu finden.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ führt aus, die Friedensliebe Hitlers ist nicht die pathetische Deklamation eines Ohnmächtigen, sondern die gezielte Selbstbeherrschung eines verantwortlichen Regierungsoberhaupts, der die Lage Europas vom Standpunkt einer bestimmten Weltanschauung aus betrachtet. Auch die andere Gefahr, die Gefahr in Drohungen zu verfallen, hat der Kanzler mit außerordentlichem Geschick vermieden. Der Kanzler hat nicht nur die Lügen und Verdrehungen der Gegenseite mit schlagendem Material zurückgewiesen, sondern er hat es auch grundsätzlich, in scharf geschliffenen Sätzen, weit von sich gewiesen, daß Deutschland diejenige Macht sein könne, die die Verantwortung für gewaltsame Lösungen auf sich nehmen würde.

Der „Lokalanzeiger“ meint, wenn es wirklich irgendwo in der Welt Leute gab, die hofften, der Reichskanzler Hitler und die nationale Regierung würden sich durch die Erklärung Roosevelts in letzter Stunde in ihrem Standpunkt beirren, in ihrem Gewissen unsicher machen und in ihrem Rechtsbewußtsein erschüttern lassen, so müssen gerade die Sätze des Kanzlers, die auf Roosevelts Erklärung Bezug nahmen, auch diese Leute gründlich eines anderen belehrt haben.

Der „Tag“ sagt, wir wollen glauben, daß es mehr als eine Form war, wenn auch die Sozialdemokraten aufstanden und nicht wenige von ihnen die Vaterlandshonne missangen. Die Welt mag gerade daraus erkennen, daß sie sich irrt, wenn sie heute noch auf die deutsche Zwietracht hofft, die ihr so oft geschehen. Die erwachte Nation hat diesen Fluch überwunden. Noch einmal bietet sich den Völkern der Welt, ausnahmslos allen Völkern, die Hand zu gemeinsamem Werk am friedlichen Wiederaufbau der Menschenerde. Wer wagt es, sie zurückzuweisen?

**Guter Eindruck der Kanzlerrede in Washington**

Washington, 17. Mai. Die Rundfunkübertragung der Rede des deutschen Reichskanzlers vor dem Reichstage war ausserordentlich. Präsident Roosevelt, der einen Teil seiner Jugendzeit in Deutschland verbrachte und die deutsche Sprache gut versteht, schaltete sich während der Uebertragung der Rede des Reichskanzlers ein und hörte, umgeben von seinem gesamten Sekretariat die Rede an. Sowohl im Weißen Hause wie auch in Kreisen des Staatsdepartements wurden die Ausführungen des Reichskanzlers mit großem Beifall aufgenommen. Man erkennt Hitlers weitgehendes Entgegenkommen in der Frage der Atombomben noch an und bezieht seine Zustimmung zu Roosevelts Vorschlag eines Nichtangriffspaktes. Man erwartet jetzt mit Zuversicht eine erhebliche Besserung der Armbomben.

Der Eindruck der Hitlerrede im amerikanischen Bundesjennat  
Nervöse Spannung mit einem Schlage beseitigt  
Washington, 17. Mai. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundesjennats, der demokratische Senator Wisman, der Amerika neben Hull und Cox auf der Weltwirtschaftskonferenz vertritt, erklärte, die Rede des deutschen Reichskanz-

lers habe im Bundesjennat einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. Die nervöse Spannung, die während der letzten Woche hier geherrscht habe, sei mit einem Schlage beseitigt worden.  
Senator Wagner betonte, die Rede Hitlers sei eine große staatsmännische Tat gewesen, die Amerika und der übrigen Welt die Politik Deutschlands in so klarem und sattem Licht gezeigt habe, daß an Deutschlands Willen zum Frieden und an Deutschlands Opferwilligkeit zugunsten der Sejungung der Welt kein Zweifel mehr bestehen könne.

**Der Eindruck der Kanzlerrede in London**

London, 18. Mai. Der Eindruck der Reichskanzlerrede ist in parlamentarischen Kreisen ausgesprochen günstig.  
In Kreisen der Regierung wartet man zunächst den offiziellen Wortlaut ab, begrüßt aber bereits den Ton der Rede. Weiter heißt es, daß die Aufmerksamkeit der Regierung sich nunmehr den Instruktionen zuwenden wird, die dem deutschen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz gegeben werden. Man glaubt, daß diese Instruktionen genauere Hinweise über die Politik enthalten werden, die Deutschland in Bezug auf die Politik beabsichtigt.  
Die Ansichten der Opposition und der übrigen öffentlichen Meinung über die Hitlerrede bewegen sich im allgemeinen in der gleichen Richtung.

**Aus Stadt und Land**

Altensteig, den 18. Mai 1933.

**Dienstverledigung.** Die Pfarrei Spielberg, Def. Ragold, ist zur Bewerbung ausgeschrieben.

**Das Promenadenkonzert** der Stadtkapelle erstreute sich gestern abend eines regen Besuches. Schade war nur, daß sich aus den harmlosen Regentropfen, die bald nach Beginn des Konzertes sich einstellten, ein richtiger unangenehmer Dauertregen entwickelte, der das Konzert doch etwas beeinträchtigte und auch dem so schönen Promenaden wesentlich Abbruch tat. Gegen 9 Uhr wurde daher das Konzert etwas frühzeitig beendet. Die zu Gehör gebrachten Stücke wurden von unserer Stadtkapelle in gewohnt guter Weise gespielt.

**Gatterbach, 16. Mai.** (Brandfall.) Gestern abend 10.15 Uhr ertönte Feueralarm. In dem Anwesen der Gebr. Knorr, Kältereie bei der „Sonne“ war auf bis jetzt noch unangeklärte Weise Feuer ausgebrochen. Der Brandherd lag in dem angebauten Maschinenjaal, aus dem dicke Rauchschwaden emporstiegen. Durch das rasche energische Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand erstickt werden, bevor er auf das Wohn- und Deponiegebäude übergriff.

**Sorb, 16. Mai.** (Ein Familienbad — probeweise.) In der gestrigen Gemeinderatsitzung wurde einstimmig beschlossen, in diesem Jahr, zunächst probeweise, ein Familienbad einzurichten, und zwar wird der Herplatz zwischen dem oberen und unteren Bad dem Familienbetrieb freigegeben. Die beiden Badeanstalten selber werden wie bisher im Wechsel zwischen Männern und Frauen als getrennte Badestätten fortgeführt. Kinder und junge Leute unter zwanzig Jahren dürfen den Familienbadeplatz nur in Begleitung ihrer Eltern oder Erzieher betreten.

**Schwenningen a. N., 17. Mai.** (Verhaftungen.) Nachdem in den letzten Wochen verschiedene In-Schutzhaftnahmen hiesiger bezw. hier wohnhafter Personen vorgenommen wurden, erfolgte am Montagfrüh 5.30 Uhr die vorläufige Siftierung von weiteren zehn Personen männlichen Geschlechts. Die meisten der Inhaftierten sind kommunistische Mitglieder bezw. deren Anhänger, welche dringend verdächtig sind, u. a. auch an der neuerlichen illegalen Verteilung, vielleicht auch Herstellung kommunistischer Flugblätter hochverräterischen Inhalts aktiv mitgewirkt zu haben. Die Siftierten sind zunächst im Gefängnis der hiesigen Volkspolizei untergebracht.

**Letzte Nachrichten**

**Landung des „Graf Zeppelin“**

Friedrichshafen, 17. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute abend glatt gelandet. Führer war Kapitän Lehmann, an Bord befanden sich sieben Passagiere. Dr. Edener ist in Südamerika zurückgeblieben.

**Deutscher Protest in Wien**

Wien, 17. Mai. Der deutsche Gesandte Dr. Rieth hat gestern bei der österreichischen Regierung gegen einen in der „Roten Fahne“ erschienenen, den Reichskanzler beleidigenden Artikel protestiert, und heute neuerlich schärfsten Protest gegen ein den Reichskanzler in schwerster Weise verunglimpfendes und beleidigendes Bild erhoben und die Bestrafung der verantwortlichen Redakteure in beiden Fällen verlangt. Die Bestrafung wurde dem Gesandten zugesagt.

**Schweres Explosionsunglück in München — Ein Toter, sieben Schwerverletzte**

München, 17. Mai. In der am Ostbahnhof gelegenen Reichsbranntwein-Monopolgesellschaft ereignete sich heute nachmittag zwei Spiritusexplosionen, durch die ein Arbeiter getötet und sieben Schwerverletzt wurden.

**Einschränkung der Vollmacht**

Berlin, 17. Mai. Der Reichswirtschaftsminister hat sich veranlaßt gesehen, die Kommissare beim Reichsverband der Deutschen Industrie Dr. h. c. Wagener und H. Möllers, M. d. R., darauf hinzuweisen, daß ihre Vollmacht sich nur auf den Geschäftsbereich des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der ihm angegliederten Verbände erstreckt und daß sie sachlich nur soweit geht, die Anpassung dieser genannten Verbände an die neue Wirtschaftsführung zu gewährleisten. Die Vollmacht schließt insbesondere nicht Maßnahmen in sich, die von der geltenden Rechtsordnung abweichen. Derartige Maßnahmen können nur auf gesetzlichem Wege durch die verfassungsmäßig berufenen Organe vorgenommen werden. Die im Vorstehenden des Industrie- und Handelstages vorgenommene Veränderung bitte ich, so heißt es in dem Schreiben des Reichswirtschaftsministers, sofort rückgängig zu machen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: P. G. a. u. f.  
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Altensteig, den 18. Mai 1933.

**Danksagung.**



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Heimgang unserer lieben, uuvergeßlichen Mutter

**Maria Wöbner**

zuteil geworden sind, sagen wir allen unsern aufrichtigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gaugenwald.

**Danksagung**



Für alle erwiesene Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Großvaters und Schwiegervaters

**Bernhardt Holzäpfel**

für die tröstenden Worte des Herrn Pfarrer Kübler, dem Mädchen- und Posaunenchor unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Bitzer, sowie für die Begleitung zur letzten Ruhestätte, sagen herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen  
der Sohn Jakob Holzäpfel.

**Poppeltal — Enztal.**

Zu unserer am Samstag, den 20. Mai 1933, vormittags 11 Uhr in der Kirche in Enzklosterle stattfindenden

**Trauung**

gestatten wir uns, Verwandte und Freunde, sowie Bekannte herzlich einzuladen.

Albert Rentschler  
Sohn des  
† Ph. Fr. Rentschler  
Poppeltal

Marie Reichle  
Tochter des  
† Jakob Fr. Reichle  
Enztal



Wir rufen zur Spende für die

**„Opfer der deutschen Arbeit“**

Sammel-Liste liegt in der Geschäftsstelle der „Schwarzwälder Tageszeitung“ zur Einzeichnung auf.

R. S. D. A. P.  
Ortsgruppe Altensteig.

**Papierservietten**

mit Aufdruck  
liefert preiswert die  
W. Rieker'sche Buchdruckerei  
Altensteig.

**Hausfrauen**

Omega und Echolin  
trifft auf wie neu alle Möbel  
und Türen.  
Möbger's Holzwarentod  
verochtet sicher den Holzwurm.  
Flasche Mk. 1.—, zu haben bei  
Waltermeister Rien.

**Gemüse und  
Blumenstöcken**

Frau Reck.

Altensteig  
Ca. 20 Zentner

**Bergheu**

verkauft  
Marie Matthaner We.

Morgen Freitag, 19. Mai, im Gasthaus zum „Sternen“ (Nebenzimmer) in Altensteig Dr. Kinscherf nach der neuen Lehre von R. Kirchoff 4 1/2 nachmittags und 8 Uhr abends

Vortrag:

**Heilung von selbst.**

Leichtverständlich wird erklärt, warum der Darm bei allen eine Giftfabrik ist und wie dadurch alle Krankheiten entstehen. Durch Bekanntgabe vieler erstaunlicher Heilberichte wird nachgewiesen, wie schnell auch veraltete, hartnäckige, als unheilbar betrachtete Krankheiten oft von selbst vergehen, ohne fremde Hilfe, ohne Selbstbehandlung, ohne Verbrauch von Mitteln und wie bald elend Aussehende wieder frisch aussehen. Alles ohne Änderung der Ernährung und Lebensweise. Keine Verstopfungs- und Blähungsbeschwerden mehr. Jeder Besucher erhält gratis eine lehrreiche illustrierte Druckchrift. Man komme nicht nach 4 1/2 und nach 8 Uhr. Eintritt frei!

**Fahrpläne**

empfiehlt die

Buchhandlung Lauk, Altensteig und Ragold.

**Von täglicher Schlachtung**

empfehle:

- Gelochte Rutteln Pfund 40 -/
- Leber, Herz, Nieren, Milzen usw.
- Döfchenmaulsalat 10 Pfd.-Eimer M. 4.50 franko
- 20 Pfd.-Eimer M. 9.— franko
- 1 Pfd.-Dosen ab 20 Stück billigt

Meggerer H. Krauß, Stuttgart  
Innereleuende wertung.

Ragold.

**Bieh-Verkauf.**

Morgen Freitag von morgens 7 Uhr ab habe ich wieder einen frischen Transport schöne, trüchtige



**Alpbinnen**

in meiner Stallung in Ragold zum Verkauf stehen, wozu ich Kauf- und Tauschliebhaber einlade.

Friedrich Rahn.

